

FDP Haushaltsrede 2018

Sehr geehrter Herr Dr. Risthaus,

sehr geehrte Damen und Herren,

der Rekord-Überschuss aus dem letzten Haushaltsjahr beträgt sage und schreibe 5,5 Mio. €.

Nachdem im Jahr 2016 ein plus von 3 Mio. € erzielt wurde. Alle fragen sich nunmehr: Was hat unser Bürgermeister Dr. Bert Dagobert Risthaus mit dem ganzen Geld vor? Hier wird nach meiner Lesart in Sachen solider Haushaltspolitik aber einiges falsch verstanden. Der vorgelegte Haushalt für dieses Jahr sieht immer noch ein positives Ergebnis von ca. 1,1 Mio. € vor. Es ist dringend an der Zeit die Steuern auf ein vernünftiges Maß zu reduzieren. Im Grundsatz sind die Ausgaben und Steuersätze so zu wählen, dass ein ausgeglichener Haushalt erreicht wird und eine Kontinuität mit stabilen Steuereinnahmen gewährleistet wird. Eine Achterbahnfahrt hingegen sollte genauso vermieden werden wie das permanente erzielen von großen Überschüssen oder Fehlbeträgen. Das ist für die letzten 3 Jahre ganz im Gegenteil der Fall. Diese Steuerorgien können wir Liberale nicht mehr nachvollziehen.

Als 2015 die Steuern deutlich erhöht wurden, hatte unser Bürgermeister noch versprochen, bei einer entspannten Finanzlage würden die Steuern wieder auf die alten Sätze gesenkt werden. Das ist im Haushaltsentwurf so nicht vorgesehen. Deshalb fordert die FDP auf die damaligen Steuersätze aus den Jahren 2011 bis 2014 wieder zurückzugehen und zwar:

Gewerbesteuer von 423 v.H. auf **411 v.H.**

Grundsteuer A von 236 v.H. auf **209 v.H.**

Grundsteuer B von 460 v.H. auf **413 v.H.**

Diese Senkung würde zu einer Entlastung bzw. zu Mindereinnahmen von knapp 300T€ führen. Eine weitergehende Absenkung halten wir nicht für sinnvoll, da es dann im nächsten Jahr wieder zu einer Anhebung kommen müsste. Bei derartigen Überschüssen wie in den letzten Jahren werden selbstverständlich Begehrlichkeiten geweckt. Das Geld ausgeben geht den anderen Fraktionen noch leichter von der Hand. So muss man nicht um jeden Cent kämpfen, um einen Haushaltsausgleich zu erreichen. Nein es wird sich ganz elegant von der anderen Seite durch Mehrausgaben an die schwarze Null angenähert, damit der Überschuss nicht so deutlich ausfällt. Während der Etatberatungen haben sich somit Mehrbelastungen von 180T € ergeben.

Die Welt und unser Land in dem wir Leben ist insgesamt unsicherer geworden. Nicht zuletzt die

unkontrollierte Zuwanderung von Flüchtlingen stellt die Gesellschaft vor große Aufgaben. Die notwendige Integration steckt noch in den Kinderschuhen und bleibt auch in Zukunft eines der wichtigen und relevanten Probleme die es zu lösen gilt. Das damals in der jungen Geschichte der Bundesrepublik geschaffene Asylsystem wird größtenteils als Türöffner in unser Land und in die Sozialsysteme genutzt. Eine Zurückführung von abgelehnten Asylbewerbern findet tatsächlich kaum statt. Die eigentliche Arbeit in dieser Sache wird ausschließlich auf kommunaler Ebene geleistet. Ebenfalls darf erwähnt werden, dass unser Haushalt für Asylbewerber konkrete Kosten in Höhe von 530T€ zu tragen hat, bei Gesamtausgaben von fast 2 Mio. €. Das entspricht zum Vergleich eine mögliche Absenkung der Gewerbesteuer auf 392 Punkte. Hier mahnen wir eine dringende Lösung auf Bundesebene an und fordern die Einführung eines Einwanderungsgesetzes sowie die Übernahme aller Kosten in diesem Zusammenhang. Ehrlicherweise erwarte ich jedoch von der schwarz-roten Koalition mit Frau Merkel als Bundeskanzlerin mit ihrer Weiter-so-Politik keine zukunftsfähigen Lösungen oder sinnvollen Impulse.

Eine weitere Baustelle in unserer Gemeinde ist nach wie vor die Ansiedlung eines neuen Lebensmittelmarktes. Erst kürzlich hat Combi den Verkauf von 10 Märkten in NRW an EDEKA verkündet. Hier stellen wir uns die Frage, ob Combi vor diesem Hintergrund noch der richtige Partner für einen neuen Markt ist. Die Meinung vieler Ascheberger bestärkt uns in dieser Sichtweise. Die unendliche Geschichte der Windkraft in unserer Gemeinde beschäftigt uns weiterhin. Die geplante Aufhebung der Höhenbegrenzung von 100 Metern in Forsthövel wurde richtigerweise zurückgestellt. Die Landesregierung arbeitet aktuell an der Neufassung des Landesentwicklungsplanes. Hier wird es hoffentlich zu sinnvollen Korrekturen in Bezug auf die Windkraftnutzung kommen.

Die Profilschule wurde mit Unterstützung durch das FDP Bildungsministerium in NRW gerettet. Es wird damit der dauerhafte Fortbestand der Profilschule gesichert. Wir unterstützen vorbehaltlos die Zusammenführung der Schule an einen Standort in Ascheberg.

Der Haushaltsentwurf 2018 sieht für die Sanierung bzw. den Teilneubau der Aula an der Profilschule ehemals Hauptschule in Herbern Ausgaben in Höhe von 2 Mio. € vor. Geplant ist die vollständige Sanierung der Aula mit baulicher Erweiterung sowie Einbau von Bühnen- und Veranstaltungstechnik. Wir fragen uns: Wofür und für wen denn? Wenn das Schulgebäude nicht mehr genutzt wird, würde der Bau einer Gemeindehalle an dieser Stelle als völliger Irrsinn gelten. Wir fordern deshalb ein

Nutzungskonzept für den ehemaligen Schulstandort, bevor hier überhaupt Geld investiert wird.

Die Nutzung der ehemaligen Burgschule als Gemeinschaftshaus können wir nicht unterstützen. Der Bedarf wurde nur aufgrund der vorhandenen Räumlichkeiten konstruiert. Die Ausgleichszahlung von etwa 300T€ an die Partnerkommunen Lüdinghausen und Senden lehnen wir ab. Im Umkehrschluss wären diese Räume niemals neu gebaut worden. Das Gebäude kann allen drei Kommunen zur anteiligen Nutzung zur Verfügung gestellt werden.

Die Schaffung von Bauland muss weiter beschleunigt werden. Der schnelle Verkauf von Baugrundstücken unterstreicht unsere Forderung. Bereits jetzt müssen die Weichen für das übernächste Baugebiet gestellt werden.

Die Gemeindeprüfungsanstalt hat der Verwaltung nur wenige Aufgaben mit auf den Weg gegeben. Kein Wunder bei diesen Wahnsinns-Überschüssen. Diese liegen bei der Reduzierung der Spielplätze oder die Entwicklung eines Sportstättenkonzeptes. Beides ist bereits auf den Weg gebracht. Die GPA hat aber auch angemerkt, dass bei einer ausbleibenden Steuersenkung stattdessen über die Reduzierung der kalkulatorischen Zinsen bei den Gebühren nachgedacht werden sollte. Außerdem könnte die Berechnungsgrundlage vom aktuellen Wiederbeschaffungszeitwert wieder auf die tatsächlichen Herstellungskosten umgestellt werden. Das würde als Alternative zu einer vertretbaren Entlastung der Bürger führen. Diese Vorschläge werden aber von unserem Bürgermeister bewusst überhört und ignoriert.

Die FDP kann den Haushalt in der jetzigen Form nicht mittragen. Die zuvor genannten Gründe sprechen gegen eine Zustimmung.

Unabhängig davon möchte ich mich im Namen der Freien Demokraten bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit bedanken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.